

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Klaus-Jürgen Hedrich,
Dr. Peter Paziorek, Kurt-Dieter Grill und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/9025 –**

**Die Schöpfung bewahren, entwicklungsorientiert handeln:
Weltgipfel in Johannesburg muss neue Impulse für globale nachhaltige
Entwicklung setzen**

A. Problem

Angesichts der gewaltigen internationalen Herausforderungen und Probleme benötige der Rio-Prozess – so wird in dem Antrag ausgeführt – neue Kraft, Energie, Ideen und Impulse. Das entscheidende Ereignis dazu sei der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Der deutsche Bundestag und die Bundesregierung seien aufgefordert, ebenso mutig wie die politisch Verantwortlichen im Rio-Jahr 1992 für den Erfolg des Weltgipfels in Johannesburg zu kämpfen, um Erfolg versprechende Konzepte in die internationalen Verhandlungen einzubringen und durch glaubwürdiges Engagement wiederum einen substantiellen deutschen Beitrag zum Erfolg der Konferenz zu leisten.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern,

- auf die Etablierung einer internationalen sozialen Marktwirtschaft („Economy of Balance“) hinarbeiten,
- eine Initiative in Richtung eines internationalen Verhaltenskodex auf Selbstverpflichtungsbasis für multinationale Unternehmen zu starten,
- die Finanzausstattung für die Kooperation mit den Entwicklungsländern auszuweiten,
- sich für mehr Effizienz und Koordination in den Strukturen der internationalen Institutionen einzusetzen,
- auf internationaler Ebene eine neue Offensive zur Bewahrung von Schöpfung und Umwelt in Gang zu bringen,
- sich für mehr Engagement in der Bevölkerungspolitik einzusetzen,
- gegenüber den Entwicklungsländern nachdrücklicher auf die Einhaltung der Grundsätze von „Good Governance“ zu drängen und

- sich der Vorbildfunktion der Industrieländer bewusst zu werden und das politische Handeln danach auszurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/9025 – abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Reinhold Hemker
Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Ina Albowitz
Berichterstatterin

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhold Hemker, Dr. Christian Ruck, Dr. Angelika Köster-Loßack, Ina Albowitz und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/9025 „Die Schöpfung bewahren, entwicklungsorientiert handeln: Weltgipfel in Johannesburg muss neue Impulse für globale nachhaltige Entwicklung setzen“ in seiner 236. Sitzung am 16. Mai 2002 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Finanzausschuss** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat über den Antrag am 5. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag am 5. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktionen der FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat über den Antrag am 12. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 82. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die Fraktion der SPD wies darauf hin, dass zum Weltgipfel in Johannesburg auch ein Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002: Der nachhaltigen Entwicklung zum Durchbruch verhelfen“ – Drucksache 14/9052 – zur Beratung anstehe. Dieser Antrag werde, im Gegensatz zu dem vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/9025 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nur mitberatend und nicht federführend behandelt. Die Federführung bei dem Antrag auf Drucksache 14/9052 obliege dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/9052 sei sehr umfangreich und spreche die Gesamtagenda von Rio + 10 an. Er sei mit den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ intensiv abgestimmt worden. Die Fraktion der SPD werde diesem Antrag zustimmen.

Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU wolle man ablehnen. Die Fraktion der SPD sehe es als unakzeptabel an, wenn darin ausgeführt werde, die Bundesrepublik Deutschland, die schon unter Bundeskanzler Helmut Kohl maßgeblich zum Gelingen der Rio-Konferenz beigetragen habe, habe auch in den Folgejahren eine anerkannte Vorreiterrolle übernommen, dass Deutschland jedoch unter der rot-grünen Bundesregierung die Vorbild- und Führungsposition im Rio-Prozess verloren habe.

Die Fraktion der CDU/CSU räumte ein, dass der Antrag zum Weltgipfel der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/9052 viele Aussagen enthalte, die auch sie hätte tragen können. In den vorliegenden Anträgen gelangten aber auch zahlreiche Differenzen zum Ausdruck. So teile die Fraktion der CDU/CSU nicht die nationale Klimapolitik der Bundesregierung. Man halte sie für so ausgelegt, dass sie die eigenen Reduktionsziele im Klimaschutz verfehlen werde. Der Focus auf die regenerativen Energien im Entwicklungsbereich sowie die Forderung, die Tobin-Steuer einzuführen, seien unrealistisch. Eine Notwendigkeit für die Einführung neuer Organisationen, wie sie der Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte, sehe man nicht. Man wolle im Gegenteil weniger Gremien, die dann aber sowohl im Entwicklungs- als auch im UN-Bereich tatkräftiger sein sollten. Die Fraktion der CDU/CSU sehe es als wichtig an, die internationale Zusammenarbeit effizienter zu gestalten. Sie beantragte Zustimmung zu dem Antrag auf Drucksache 14/9025.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sah die Notwendigkeit, auf dem Weltgipfel in Johannesburg Umwelt- und Entwicklungspolitik stärker zusammenzuführen. In vielen Regionen der Welt habe die Umsetzung des Agenda 21-Prozesses noch keine Rolle gespielt. Es werde jetzt darauf ankommen, Initiativen, wie sie in Europa schon umgesetzt worden seien, z. B. eine Vernetzung auf europäischer Ebene, auch in anderen Regionen der Welt umzusetzen. Der Dialog

mit dem Süden müsse stärker und intensiver geführt werden. Der Johannesburg-Gipfel könne ein Zeichen für die Umwelt- und Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert setzen. Von den Konflikten in Südasien und im Nahen Osten werde auch auf die Bereitschaft großer Delegationen ein starker Druck ausgehen, zu positiven Ergebnissen zu gelangen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dem Antrag der Koalitionsfraktion auf Drucksache 14/9052 zustimmen und den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/9025 ablehnen.

Die Fraktion der FDP erklärte zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/9052, dass dort in den einleitenden Bemerkungen zu Recht festgestellt werde, die Bilanz der vergangenen 10 Jahre stelle nicht zufrieden. Der Antrag der Koalitionsfraktionen erwecke auch den Eindruck, als sei es diesen vor allem wichtig, einmal über die Probleme zu sprechen. Diese Kritik wolle man einigen Punkten deutlich machen. Wenn in Punkt 6 der Forderungen an die Bundesregierung ausgeführt werde, die deutsche Außenwirtschaftsförderung sei nach ökologischen Kriterien zu modernisieren, dann frage sich, wie man das national durchsetzen wolle.

Ein weiterer Punkt des Antrages fordere auch auf europäischer Ebene substantielle Fortschritte in Richtung weiterer Reformen. Mit derartigen Forderungen solle man vorsichtig sein, solange noch auf nationaler Ebene genügend Probleme zu bewältigen seien.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/9025 enthalte demgegenüber richtige Ansätze. Er gehe

vor allem auch auf die demographische Entwicklung in den Entwicklungsländern ein. Diese werde mit zu den wichtigsten Problemen gehören, die in diesem Bereich zu lösen seien. In dem Antrag der Koalitionsfraktionen werde darauf nicht eingegangen. Aus diesem Grunde werde die Fraktion der FDP dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU zustimmen.

Die Fraktion der PDS brachte zum Ausdruck, hinsichtlich des Antrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/9052 wolle man sich der Stimme enthalten. Zwar enthalte der Antrag durchaus vernünftige Ansätze, jedoch würden darin auch Punkte aufgegriffen, die bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden seien, jedoch in den vergangenen vier Jahren nicht umgesetzt worden seien. Es bestehe der Eindruck, dass diese Umsetzung auch in nächster Zeit nicht erfolgen solle. Auch bezüglich des Antrags der Fraktion der CDU/CSU wolle man sich der Stimme enthalten. In ihm seien zwar ebenfalls einige interessante Aspekte angesprochen, auch im Hinblick auf die Gestaltungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne und die Schwierigkeit ihrer Kontrolle. Man bedauere, dass diesbezüglich nur die Selbstverpflichtung vorgeschlagen werde. Die WTO werde in dem Antrag etwas unkritisch reflektiert. Die Hervorhebung der Gentechnik in diesem Bereich halte man für falsch.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/9025 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS ab.

Berlin, den 5. Juni 2002

Reinhold Hemker
Berichtersteller

Dr. Christian Ruck
Berichtersteller

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatte

Ina Albowitz
Berichterstatte

Carsten Hübner
Berichtersteller

